

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Dr. Anne Cyron

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Dr. Marcel Huber

Abg. Markus Plenk

Abg. Toni Schuberl

Abg. Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Alexandra Hiersemann

Abg. Martin Hagen

Staatsministerin Melanie Huml

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)**

**Einschränkung der Grundrechte sofort zurücknehmen! (Drs. 18/7818)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Dr. Anne Cyron das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Anne Cyron (AfD):** Quo usque tandem abutere patientia nostra? – Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Außergewöhnliche Zeiten bedingen außergewöhnliche Worte. Wer könnte in diesen Zeiten des Übergangs unserer Demokratie in eine Tyrannis, in einen Überwachungsstaat trefflichere Worte sprechen als Cicero?

Wie lange noch wollen Herr Söder und sein Kabinett diesen durch nichts legitimierten Ausnahmezustand aufrechterhalten? Wie lange noch will man uns am Nasenring durch diesen Corona-Zirkus führen? – Seit Wochen werden Menschen separiert, eingesperrt, Millionen Menschen in die Kurzarbeit verabschiedet. Der Mittelstand wird in den Bankrott getrieben, und die Bürger werden mit dubiosen Aussagen der fragwürdigen Herren Wieler und Drost in Angst und Panik versetzt. Wie viele Infektionswellen sollen noch angekündigt werden, um den Ausnahmezustand endlich in einen Normalzustand übergehen zu lassen?

Bürger und Wirtschaft leiden massiv unter den Folgen eines nicht evidenzbasierten Lockdowns, der für unser Land in einem Fiasko enden wird. Viele stehen vor dem wirtschaftlichen Ruin. Viele blicken in eine ungewisse Zukunft. Dabei gibt es die angekündigte Corona-Katastrophe gar nicht. – Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes wird auf dem Altar von Annahmen, Spekulationen und Mutmaßungen geopfert.

Oder steckt vielleicht etwas anderes dahinter? Haben die Regierenden Blut geleckt und erkannt, welche großartige Waffe ihnen mit Corona in die Hände gegeben wurde, um das Volk vollends zu entmachten und zu entrechten? – Seit Wochen sind unsere Grundrechte ausgesetzt und eingeschränkt. Über eine Corona-App will man die dauerhafte Überwachung des Bürgers installieren. Der bayerische Innenminister beabsichtigt eine Verschärfung der Maßnahmen bei Corona-Demonstrationen. An dieser Stelle ein herzliches Danke an die bayerische Polizei, die die Demonstrationen mit großer Gelassenheit und Umsicht begleitet hat und sich heute vielleicht dafür rechtfertigen muss,

(Beifall bei der AfD)

dass sie damit einen großartigen Beitrag zum Erhalt unserer Grundrechte geleistet hat.

(Zuruf)

Das Grundgesetz verpflichtet die Exekutive zur Bindung an Recht und Gesetz und lässt einen verfassungsmäßigen Grundrechtseingriff nur nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu.

Der Shutdown wurde weit nach dem 20. März durchgezogen – im Hinblick auf die Verlangsamung des Infektionsgeschehens. Der Höhepunkt der Infektionen lag jedoch in der Zeit um den 20. März. Danach ist die Kurve abgeflacht.

Ebenso wie bei der Klimahysterie haben Politiker erneut bewiesen, dass sie mit Zahlen, Statistiken und damit mit Wissenschaft nicht adäquat umzugehen vermögen.

(Zuruf: Aber Sie! Ich sage nur: Hahn!)

Vielleicht steckt auch das unbewusste Wissen dahinter, dass die Krise die Stunde der Exekutive ist. Die damit wachsende Macht übt auf einige narzisstische Politiker offen-

bar eine große Faszination aus. Längst geht es nicht mehr um Gesundheit. Es geht um Macht.

Dass die Letalitätsrate mit 0,37 % minimal ist und damit einer eventuellen zweiten Welle den Schrecken nimmt, ist Politikern offensichtlich nicht bekannt, oder es wird verdrängt. Denn, meine Damen und Herren, geriete dieser Umstand ins öffentliche Bewusstsein, würde die unverhältnismäßige Strategie des Shutdowns wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen.

Eine Schaden-Nutzen-Abwägung hat es nie gegeben. Der wirtschaftliche, soziale und politische Schaden wurde nie berücksichtigt. Es gab zu keiner Zeit Hinweise, dass das neue Virus überaus gefährlich sei. Drakonische Grundrechtseingriffe

(Zuruf)

dürfen jedoch nur aufgrund gesicherter Hinweise getätigt werden.

Besonders tiefe Einschnitte

(Zuruf)

in den Alltag des Bürgers wie Kontaktverbote und Mundschutzpflicht wurden erst eingeführt, als der Scheitelpunkt der Infektionswelle überschritten war. Die Verpflichtung zum Tragen des Mundschutzes – der Maulkorberlass – wurde also erst eingeführt,

(Lachen – Zurufe)

als die Party längst gelaufen war. Das ist eine reine Schikane des Bürgers und durch nichts zu rechtfertigen.

Kinder sind die ganz großen Verlierer des Artefakts "Corona-Krise". Sie werden aus Betreuungseinrichtungen und Schulen über Monate hinweg ausgesperrt und für unbestimmte Zeit jeder Förderung beraubt.

Alte Menschen werden eingesperrt, ohne gefragt zu werden, ob sie damit einverstanden sind. Sieht so ein würdiges Leben am Ende aus?

Der Staat hat kein Recht, uns vorzuschreiben, mit wem wir verkehren dürfen, mit wem wir Kontakt haben oder ob wir unsere Familien sehen dürfen;

(Beifall bei der AfD)

denn ein Kontaktverbot ist der Niedergang jeder menschlichen Beziehung.

Eine besondere Bedrohung der Menschen durch Corona gab es zu keiner Zeit – nicht einmal für die Risikogruppen. Aus der vorliegenden Situation heraus

(Zuruf)

kann die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen und Existenzen nicht gerechtfertigt werden.

(Unruhe)

Die Regierung war bisher nicht in der Lage, Fakten dezidiert darzulegen. Deshalb sind die Maßnahmen, die einen kollektiven Selbstmord für unser Land darstellen, mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Die Regierung hat ein prosperierendes Land ruiniert und versucht nun, die Menschen mit dem Maulkorb – trotz aller medizinischen Bedenken gegen den Mundschutz – mundtot zu machen. Der Mundschutzzwang ist wohl die Gehorsamsprüfung, der Testlauf, wie weit Regierungen gehen können.

(Lachen – Zurufe)

Der Orwell'sche Politiker aus dem Reich der Tiere ist mittlerweile auch hier ein Symbol für den autoritären Politikstil geworden, bei dem wir Bürger um unsere Grundrechte betteln müssen. Man sinniert, was man dem Volk noch alles zumuten kann, und dazu muss die Krise ständig neu befeuert werden.

Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, unsere Grundrechte unverzüglich wiederherzustellen und die genannten Zwangsmaßnahmen mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

(Zuruf)

Denn welche Grundrechte dem Bürger zustehen und ob ihm diese entzogen werden, entscheiden weder das Kabinett noch das RKI. Das legt alleine das Grundgesetz fest, und dieses erteilt immer noch dem Souverän die Macht.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Frau Abgeordnete, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Halbleib. Bitte schön, Herr Kollege Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Frau Kollegin, das war ein Teil des Beweises, dass Verschwörungstheoretiker auch hier im Parlament sind. Wir nehmen das zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Sie nicht mit Argumenten belehren, aber ich darf Ihnen schon einmal vorhalten, was Ihr Kollege, Ihr Fraktionsvorsitzender Prof. Hahn an diesem Rednerpult am 19.03. zu den einschneidenden Maßnahmen von Ministerpräsident Söder geäußert hat. Ich zitiere:

Am heutigen Tag kennt Bayern keine Parteien mehr; es gibt in diesem Sinne am heutigen Tag auch keine Opposition, sondern es gibt nur die Notwendigkeit, mit allen Mitteln für das Wohl der Gemeinschaft einzustehen.

Lesen Sie diese Rede noch einmal nach; denn das sind Hinweise darauf, dass auch die AfD dieses Geschehen sehr ernst genommen und Solidarität denjenigen gegenüber erklärt hat, die in der Regierung mit dieser Krise umgehen. Sie sollten sich zumindest an Ihre eigenen Reden in diesem Hause erinnern.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Anne Cyron (AfD):** Herr Kollege, Sie haben zwar keine Frage gestellt, aber ich möchte trotzdem eine Antwort geben. – Ich erinnere mich sehr genau an die Aussagen von Herrn Prof. Hahn. Ja, wir haben zugestimmt, aber nicht auf unbegrenzte Dauer. Wir haben zugestimmt, um der Regierung etwas Luft, etwas Zeit zu verschaffen, um sich zu informieren.

(Zuruf – Lachen)

Diese Zeit ist jetzt abgelaufen. Es war kein Dauerzustand, den wir befürwortet hatten.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Gesprochen hat Frau Dr. Anne Cyron von der AfD-Fraktion. – Der nächste Redner ist Dr. Marcel Huber von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Dr. Huber.

**Dr. Marcel Huber (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Für denjenigen, der die letzten acht Wochen in diesem Land verbracht hat, ist diese Debatte heute – sagen wir es einmal vorsichtig – befremdlich. Frau Cyron, ich weiß nicht, auf welchem Planeten Sie diese Zeit verbracht haben. Ich kann mir auch überhaupt nicht erklären, wie Sie die Vierte Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung jetzt als einen Eingriff in die Freiheits- und Bürgerrechte bezeichnen können, welcher unzulässig sei. Sie sprechen von einem Überwachungsstaat und schließen daraus, dass das alles sofort zurückgenommen werden müsse.

Ich will Ihnen helfen, sich zu erinnern. Blicken wir zurück: Ende Februar 2020 erreichten uns erste Fernsehbilder aus China. Demnach herrschten dort unvorstellbare Zustände, auch in Krankenhäusern. Die Straßen waren leer. Wenn man weiß, dass die chinesische Fernsehberichterstattung in der Regel nur einen Teil dessen, was in Wirklichkeit stattfindet, in unsere Wohnzimmer bringt, dann kann man sich vorstellen, was damals dort los war.

Es folgten Bergamo und ganz Norditalien, Spanien und Großbritannien. Dann gab es auch entsprechende Bilder aus den USA. Auf den Intensivstationen herrschte Chaos. Wir haben gesehen, wie Menschen um das Leben anderer Menschen gekämpft haben. Es gab einen Kampf um Beatmungsplätze. Die Gänge waren voll mit Patienten. Effektive Hygiene war gar nicht mehr möglich. An entsprechendem Material herrschte Mangel. Drei-Tages-Schichten brachten das Personal total ans Limit. Das Zusammenbrechen des Gesundheitssystems drohte. Vor einem New Yorker Krankenhaus musste eine ganze Batterie von Kühllastwagen auffahren, um die große Anzahl an Verstorbenen zu kühlen. In Norditalien sahen wir Lkw-Kolonnen, Massenbeerdigungen und einen Andrang vor den Krematorien. All das ist uns jeden Tag in Sondersendungen und auf Sonderseiten in die Wohnzimmer gebracht worden. Vor acht Wochen hatten alle Menschen noch richtig Angst. Wir dachten: Gott sei Dank ist das alles so weit weg!

Es war der 28. Februar 2020, als Webasto die ersten Corona-Fälle bei uns meldete. Die bayerische Gesundheitsverwaltung hat hervorragend reagiert. Sie hat recherchiert; "Tracking" hat man das genannt. Patient null wurde gefunden. Die Menschen, die irgendwie Kontakt mit Corona-Infizierten hatten, wurden isoliert. Somit konnte der Ausbruch relativ gut eingegrenzt werden.

Dann aber kamen die Skiurlauber aus Südtirol, aus Ischgl nach Hause. Die Faschingsbesucher kamen aus Heinsberg zurück. Plötzlich war das Virus auch bei uns präsent. Die Pandemie war bei uns in Bayern angekommen. Die Bayerische Staatsregierung hat reagiert. Auch die AfD hielt das damals für richtig. Drastische Maßnahmen wurden auf den Weg gebracht. Denn es wurde erkannt: Es handelt sich um eine Pandemie, nicht um reine Einzelerkrankungen. Heute spricht man von fast 300.000 Toten weltweit. Diese Zahl führt uns die Dimension dieses Ereignisses richtig vor Augen. Es besteht Lebensgefahr für Menschen, insbesondere für jene, die sich allein nicht schützen können. Es ist erstaunlich, dass Sie von einem würdigen Umgang mit Menschen an ihrem Lebensende gesprochen haben, Frau Dr. Cyron. Schauen Sie sich an, was



gerade in den Altersheimen in Schweden los ist! Wir sehen: Der Staat ist gefragt, wenn sich der Einzelne nicht mehr helfen kann. Die Szenarien im Ausland kann man nur als katastrophal bezeichnen. Jeder dachte sich: So etwas darf es bei uns nicht geben!

Deshalb war die Schlussfolgerung, den K-Fall auszurufen, korrekt. Das Katastrophenschutzgesetz sieht das eigentlich nur für einen einzelnen Landkreis vor. Wir haben den K-Fall bayernweit. Die FÜGK tagt immer noch. Zusammen mit dem LGL, dem Gesundheitsministerium, dem Innenministerium, der Staatskanzlei und weiteren Fachleuten werden weitreichende Entscheidungen getroffen. Ich bitte Sie, Frau Cyron, das zur Kenntnis zu nehmen. Damit sind auch Eingriffe verbunden, die sowohl erforderlich als auch verhältnismäßig im Sinne des Grundgesetzes sind, weil das Ziel darin besteht, eine Katastrophe abzuwenden.

Heute führen wir hier eine völlig verquere Debatte; denn gerade weil man hier so konsequent war, so hart durchgegriffen hat und das Gesundheitssystem so deutlich gestärkt hat, ist die Pandemie in Bayern, ab Mitte März beginnend, so glimpflich verlaufen, bisher jedenfalls, und das, obwohl Bayern einem besonderen Infektionsdruck seitens des Nachbarn Österreich ausgesetzt war. Wenn ich "glimpflich" sage, dann ist diese Einschätzung angesichts der Zahl der Betroffenen –45.000 Infizierte und 2.200 Tote durch Corona allein hier in Bayern – relativ.

Jetzt kommt das Unglaubliche: Weil die Entwicklung so günstig verlaufen ist, stellen Sie sich heute hier hin und behaupten, die Maßnahmen habe es gar nicht gebraucht, und jetzt müsse man damit sofort Schluss machen. Das halte ich für einen lebensgefährlichen Trugschluss, vor dem ich nur warnen kann. Deshalb werden wir diesen Antrag nicht unterstützen.

Ich habe natürlich viel Verständnis für die vielen Menschen, die unter diesen Maßnahmen wirtschaftlich leiden; Sie haben es ausgeführt. Dabei denke ich nicht nur an die großen Unternehmen, sondern auch an die vielen kleinen Betriebe und Geschäfte, an

die Gastronomen, an die vielen kleinen Existenzen. Ich denke auch an das Leiden unter den gesellschaftlichen Einschränkungen. Viele Kulturschaffende sind davon betroffen. Ich selbst bin in der Blasmusik in Verantwortung und weiß, wie viele Blasmusiker darauf warten, endlich wieder loslegen zu dürfen. Auch menschlich gibt es große Einschränkungen. Alte, Kranke und Kinder dürfen nicht mehr den engen Kontakt haben, den sie so gern haben und den sie so dringend brauchen.

All das bewegt uns dazu, so schnell wie möglich zu einem normalen Leben zurückzukehren. Aber die Gefahr, dass die Lage wieder schlechter wird, ist durchaus gegeben. Denn wir haben die Krankheit immer noch nicht im Griff. Niemand kennt bisher die Details. Uns fehlen die notwendigen medizinischen Mittel wie Impfstoffe, Nachweise, Medikamente etc. Für die Risikogruppen ist die Gefahr nicht nur abstrakt, sondern auch real und groß. Völlig egal, ob es eine zweite oder dritte Welle gibt: Solange die Gefahr besteht, hat der Staat die verfassungsmäßige Schutzpflicht, für die Gesundheit seiner Bürger zu sorgen. Deshalb gilt: Wir können Lockerungen zulassen, aber nur maßvoll und unter Vermeidung von Neuinfektionen.

Zu den Maßnahmen, die nach wie vor gelten, gehören die Maskenpflicht und das Abstandsgebot. Noch längere Zeit werden Einschränkungen beim Zusammentreffen von größeren Menschengruppen gelten, zum Beispiel in Geschäften, in der Gastronomie und bei Veranstaltungen etc. Auch seuchenmedizinische Maßnahmen wie Reihenuntersuchungen, Meldepflichten und Quarantäne wird es weiterhin geben.

Der Staat ist in einer schwierigen Situation: Er ist gefordert, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und menschlichen Einschränkungen verantwortungsvoll Schritt für Schritt zurückzunehmen. Er ist gefordert, wirtschaftliche Existenzen zu erhalten, aber gleichzeitig auch das Leben der Menschen zu schützen. Das ist eine gewaltige Aufgabe.

Ich halte die gegenwärtige Krise für eine der größten Krisen, die wir nach dem Zweiten Weltkrieg in unserem Land zu bewältigen hatten. Dazu braucht es jetzt die richtigen

Menschen. Es braucht Menschen, die uneigennützig und mutig sind. Es braucht Menschen, die bereit sind, um das Leben anderer Menschen zu kämpfen. Wir hatten und haben viele solcher Menschen: in der Medizin, in der Pflege, bei der Aufrechterhaltung der Infrastruktur und der Sicherheit. Es ist an der Zeit, ihnen für ihren gewaltigen Einsatz Dank zu sagen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Es braucht Menschen, die solidarisch und verantwortungsbewusst denken. Es braucht Menschen, die die eigene Befindlichkeit dem höheren Ziel unterordnen, jenen Personen, die einem besonderen Risiko ausgesetzt sind, dabei zu helfen, nicht zu Tode zu kommen. Alten Menschen einen würdigen Lebensabend durch Kontakte zu ermöglichen, ist die eine Seite. Wenn man aber billigend in Kauf nimmt, dass in den Heimen eine übermäßige hohe Sterblichkeit auftritt, dann ist das die andere Seite.

Es braucht Menschen, die jetzt die Ärmel hochkrempeln und aus dieser Situation das Beste machen – mit Geduld, Einfallsreichtum und Kreativität, aber auch mit Fröhlichkeit, Gottvertrauen und einem gewissen Grundvertrauen in die Institutionen und die staatlichen Stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der AfD, Sie gehören nicht zu den Personengruppen, die uns in dieser Krise voranbringen. Aus den genannten Gründen empfehle ich die Ablehnung des Antrags.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Karl Feller:** Eine Zwischenbemerkung? – Herr Kollege Plenk, bitte schön.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Herr Dr. Huber, Sie haben in Ihren Ausführungen auf den Höhepunkt der Pandemie im März zurückgeblickt. Ich habe zwei Fragen:

Erstens. Wie erklären Sie sich, dass im Zeitraum Februar/März von maßgeblichen Politikern, vor allem im Bundesgesundheitsministerium, aber auch vom Robert-Koch-Institut das Tragen von Atemschutzmasken als nicht erforderlich erachtet wurde, und jetzt hat man eine Maskenpflicht als notwendig erachtet?

Zweitens. Wie erklären Sie sich das relativ schlechte Abschneiden Bayerns im Vergleich zu Österreich? Wir haben hier Infektionszahlen, die mehr als doppelt so hoch wie in Österreich sind, und mehr als dreimal so viele Todesfälle. Irgendwo muss dies eventuell auch an den getroffenen Maßnahmen liegen. Wie sehen Sie das?

**Dr. Marcel Huber (CSU):** Zur Frage eins. Wir haben hier eine völlig neue Situation. Eine Blaupause zur Bewältigung einer vergleichbaren Pandemie kann man sich zwar erdenken, aber genau wissen, wie es tatsächlich ist, kann man es erst durch Learning by Doing. Ich glaube, die Einschätzung, dass Masken nicht notwendig seien, ist der Erkenntnis gewichen, dass man sich zwar selbst kaum davor schützen kann, aber dass man, wenn jeder eine trägt, allein dadurch geschützt ist, dass jeder seine eigenen Tröpfchen zurückhält und damit den anderen nicht ansteckt. Das ist eine Maßnahme, die sich mit der Zeit ergeben hat.

Auf Ihre zweite Frage kann ich Ihnen keine Antwort geben; denn der Verlauf der Pandemie ist in jedem Staat anders. Es hängt sicher damit zusammen, welche Maßnahmen ergriffen worden sind, aber auch von sehr vielen lokalen, auch geografischen Gegebenheiten. Also, ich habe darauf keine Antwort. Ich bin mir ganz sicher: Wenn wir das Ganze in einigen Monaten oder Jahren sauber analysieren, wird es darauf eine Antwort geben. Heute kann ich sie nicht sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Dr. Huber. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit kommen wir zum nächsten Redner, Herrn Toni Schuberl von den GRÜNEN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Schuberl.

**Toni Schuberl (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in Bayern sind vernünftig. Wir alle haben die Bilder von Italien gesehen, von den Intensivstationen, auf denen über Leben und Tod entschieden werden musste, weil zu wenige Beatmungsgeräte vorhanden sind. Es war klar: Es muss eine Entscheidung getroffen werden. Es wurde eine Entscheidung getroffen, und der ganze Landtag hat sich hinter diese Maßnahme gestellt – der ganze Landtag, alle Fraktionen. Eine Fraktion hat das vergessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Maßnahmenverordnung ist nun, gelinde gesagt, kein juristisches Meisterstück; sie wurde mit heißer Nadel gestrickt. Kritik daran ist in Ordnung. Kritik hier im Landtag ist notwendig; denn das ist unsere Aufgabe. Wir GRÜNEN haben den konstruktiven Weg gewählt, und unsere Anregungen sind auch in einem weiten Maße übernommen worden. Ich erinnere an die Themen Kinderbetreuung, Unterstützung der Kulturschaffenden, Versammlungsfreiheit und Ähnliche. Wir wünschen uns in Zukunft eine bessere und stärkere Einbindung des Landtags. Aber der Landtag funktioniert, und er steht hinter den Maßnahmen.

Die Gerichte funktionieren. Es gibt eine Vielzahl von Verfahren, die anhängig sind. Es ist schon einiges korrigiert worden. Es ist vieles bestätigt worden, und es wird noch manches geben, das in Zukunft noch überprüft und korrigiert werden wird. Der Rechtsstaat funktioniert, die Gewaltenteilung funktioniert. Die Bürger kritisieren, und das ist auch gut so. Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns sind mündig. Sie haben das Recht und manchmal auch die Pflicht zu hinterfragen, was die Staatsregierung sagt und was sie macht. Sie können von uns Rechenschaft verlangen. Sie können kritisieren und diskutieren. Sie können auch auf Demonstrationen gehen, wenn sie nicht einverstanden sind. Aber sie dürfen niemanden in Gefahr bringen.

Den Bürgern war sicher nicht immer klar, was sie dürfen und was sie nicht dürfen – ein Problem dieser Verordnung. Aber eines war allen klar: Wir müssen Abstand halten, wir

müssen die Kontakte beschränken, denn wir haben hier eine exponentielle Kurve, die wir brechen müssen. Und die Kurve wurde gebrochen. Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns haben die Situation unter Kontrolle gebracht, und dies hat hohe Kosten verursacht – persönliche, finanzielle und Kosten für den Staatshaushalt.

Nun sind wir an einem Zeitpunkt angelangt, an dem wir die Verbote durch Gebote ersetzen können, an dem wir Stück für Stück wieder alles erlauben, die Freiheiten nutzen und freigeben können, wenn wir gleichzeitig Abstand halten, Mund- und Nasenschutz tragen und größere Ansammlungen von Personen verhindern.

In der Zeit, in der ein Aufatmen durchs Land geht, die Betriebe wieder arbeiten und es aufwärts- und vorwärtsgeht, kommt dieser Antrag der AfD-Fraktion. Sie wollen die gesunde Skepsis der Menschen missbrauchen und einen Keil in die Gesellschaft treiben. Sie wollen die Fundamente unserer Demokratie untergraben. Sie wollen all das zurücknehmen, was wir erreicht haben. Sie wollen all das aufheben, was es ermöglicht, dass wir unsere Freiheitsrechte und den Gesundheitsschutz miteinander vereinbaren. Sie wollen eine Kehrtwende frontal in die zweite Welle hinein. Sie wollen eine Kehrtwende frontal in den zweiten Lockdown hinein – in dem Wissen, dass es unsere Betriebe nicht schaffen werden, in dem Wissen, dass es unser Staatshaushalt auch nicht leisten kann, und in dem Wissen, dass Menschen sterben werden. Haben Sie den Verstand verloren?!

(Beifall bei den GRÜNEN)

In meinem Landkreis, in Freyung-Grafenau, haben wir heute nur noch 15 Infizierte. Wir sind kurz davor, Corona-frei zu sein. Und was macht der Kreisvorsitzende der AfD, der Abgeordnete Stadler? – Er fährt nach Passau auf die Demo. Ohne Abstand, ohne Mundschutz, Arm in Arm mit anderen grinst er in die Kamera und ist auch noch stolz darauf. Geht's noch?!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben bewiesen, dass Sie nicht nur verantwortungslos sind. Sie sind gemeingefährlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Das war der Abgeordnete Toni Schuberl von den GRÜNEN. – Nun ist der Herr Vizepräsident Alexander Hold an der Reihe, bitte schön.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schuberl, nur in einem Punkt möchte ich Ihre Ausführungen relativieren, was die Vernunft der Menschen betrifft. Letzten Mittwoch wollten die Kollegen der AfD hier den Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds abwickeln. Ja, Sie sehen, anderen Fraktionen gelingt es, jedes Thema irgendwie auf Asyl zu reduzieren. Ich betone das aber nur deshalb, weil Sie auf diese Art und Weise klargemacht haben, dass Sie vom Grundrecht auf Asyl erst einmal gar nichts halten.

Am Donnerstag durfte ich dann zum Versuch der AfD sprechen, bayerischen Behördenmitarbeitern im Umgang mit dem Bürger bestimmte Formulierungen zu verbieten, und heute gerieren genau Sie sich als die Hüter unserer Grundrechte. Mit den Grundrechten ist es leider so eine Sache bei der Fraktion ganz rechts außen. Man sorgt sich um die eigene Freiheit, nicht aber um die Grundrechte der anderen. Aber die Grundrechte – auch Ihre – reichen eben nur bis zu den Grundrechten der anderen Menschen.

Natürlich gehört zu den Grundrechten das Recht auf einen feuchtfröhlichen Skiurlaub genauso wie das Recht, mit dem Aluhut zu demonstrieren. Aber dazu gehören nun einmal auch Gesundheit und Leben anderer. Ich habe eine 88-jährige Mutter, die zur Hochrisikogruppe gehört, und ja, der Umgang ist eingeschränkt. Ja, das ist traurig, ja, das ist schwierig. Aber ich will diesen Schutz. Ich brauche diesen Schutz und kann und will dies auch von anderen erwarten. Ich will nicht, dass mir irgendwann ein Arzt sagt, das Leben wäre zu retten gewesen, wenn irgendein Besucher, der vorher in Ischgl war, einfach eine Maske getragen oder Abstand gehalten oder sich nach sei-

nem Skiurlaub einmal 14 Tage in Quarantäne begeben hätte. Aber das war ihm ja nicht zuzumuten.

Wir können nicht leugnen: Es gibt diese exponentielle Kurve, und Sie können genauso wenig leugnen, dass es gelungen ist, diese Kurve abzuflachen. Diese Kurve ist nicht einfach so abgeflacht, sondern weil man die richtigen Maßnahmen getroffen hatte in der Güte, in der es auf die Schnelle erforderlich, aber auch möglich war. Jetzt sind wir an einem Punkt, wo diese Maßnahmen Tag für Tag evaluiert werden, wo Tag für Tag, Woche für Woche versucht wird, diese Maßnahmen zurückzunehmen, so gut es eben geht. Sie stellen doch fest, dass wir alle darum ringen, möglichst schnell einschränkende Maßnahmen zurückzunehmen. Wollen Sie da ernsthaft bei der Argumentation bleiben, die Maßnahmen hätten Wirkung gezeigt, machten sich irgendwann überflüssig und seien deshalb von vornherein falsch gewesen? Ist das tatsächlich Ihre Logik? – Sie tun nichts anderes, als die verständliche Ungeduld unserer Bevölkerung zu nutzen, um den gesellschaftlichen Konsens aufzukündigen und unsere Gesellschaft zu spalten. Wenn dann der Katastrophenfall wieder aufleben würde, dann wären genau Sie die Ersten, die nach einem starken Staat rufen und sagen würden: Dieser Staat hat versagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, unser Freistaat Bayern ist explizit auch in Relation zu anderen Bundesländern stark. Aber er ist stark, weil ihm nichts wichtiger ist als der Schutz der Grundrechte unserer Menschen, natürlich der Freiheitsrechte, aber genauso der Schutzrechte unserer Bürger, Leben und Gesundheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Alexandra Hiersemann von der SPD-Fraktion.



**Alexandra Hiersemann (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD ist wieder einmal in Inhalt und Sprache eine Zumutung. Manche der gehaltenen Reden in diesem Hause sind es bedauerlicherweise auch. Ich weiß, der Rechtsstaat ist bei Ihnen nicht so hoch im Kurs. Aber nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Über die Frage, ob Maßnahmen rechtswidrig oder gar verfassungswidrig sein mögen, entscheiden bei uns immer noch die Gerichte und nicht die AfD. Gottlob!

(Beifall bei der SPD)

Ein paar Worte zu Ihren einzelnen Punkten, die teilweise wirklich Abgründiges in Ihrem Denken aufzeigen. Zunächst behaupten Sie, die Pandemie in Bayern habe zu keinem Zeitpunkt die getroffenen Maßnahmen gerechtfertigt. Genau das ist Ursprung und Triebfeder für all die Verschwörungstheoretiker, die derzeit mit den abstrusesten Behauptungen um die Ecke kommen und auf den Marktplätzen unserer bayerischen Städte stehen. Schlimmer noch: Sie von der AfD befeuern genau die, die sich jetzt nicht an den Mindestabstand oder gar die Größe genehmigter Versammlungen halten und die ungeniert gefährlichen Unfug reden. Damit treffen Sie uns alle. Sie treffen auch die anderen Vernünftigen, die alles tun, um sich auch gegenüber anderen verantwortlich zu verhalten. Sie instrumentalisieren die armen Menschen, die schon so lange einsam in den Altersheimen sitzen, und Sie fordern, dass diese Menschen frei besucht werden können sollen. Das tun Sie, obwohl Sie genau wissen, was sich in den letzten Wochen in den zahlreichen Altersheimen abgespielt hat, und obwohl Sie die Zahl der Toten dort kennen. Das ist menschenverachtend!

(Beifall bei der SPD)

Unglaublich auch Ihre Krokodilstränen über die angeblich gestörte Religionsausübung in den Gottesdiensten der Kirchen, die bei Ihnen sonst nur unter der Überschrift "Kriminelle Schlepperbanden" vorkommen. Sie schwadronieren weiter über eine angebliche Verschwörung der Politik mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wenn man Sie von der AfD als Wirrköpfe und Verschwörungstheoretiker bezeichnet. Das haben Sie

sich wirklich selber zuzuschreiben, wenn in der seriösen Presse, in Rundfunk und Fernsehen Ihr gefährlicher Unfug auch so genannt wird. Die Rede vorhin hat es ja auch bewiesen.

All das tun Sie nicht aus Sorge um den Rechtsstaat und um die Menschen, die zum Teil schlimmste Existenznöte haben, sondern Sie tun es, um Angst und Verwirrung zu stiften, weil Sie sich daraus Machtzuwachs für die AfD versprechen. Das ist gefährlichster Populismus auf dem Rücken der Menschen. Pfui Teufel!

Apropos Populismus: Ein Mitglied Ihrer Fraktion ging Anfang März zum Starkbierfest und sprach von unnötiger Panik, als über die Absage dieses Starkbierfestes nachgedacht wurde. Dieses Fest wurde dann doch abgebrochen. Danach ging er her und erstattete Strafanzeige wegen der Genehmigung eben dieses Starkbierfestes, an dem er teilgenommen hatte. Das ist wirklich die Krönung an Populismus, erst recht, wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und in Zusammenhang mit der Pandemie plötzlich alles wieder in die nicht mögliche Normalität zurückfahren wollen.

Das Einzige allerdings, was Sie nicht beklagen, was Sie nicht kritisieren und wozu Sie sich nicht äußern, ist folgender Punkt. Der ist wesentlich in einem Rechtsstaat; aber wir wissen, dass der Rechtsstaat bei Ihnen nicht hoch im Kurs steht. Derzeit erleben wir, dass in Bayern ein wesentlicher Teil der Entscheidungsgewalt von der Exekutive an sich gezogen wurde, obwohl die zeitliche Möglichkeit bestanden hätte und besteht, das Parlament entscheiden zu lassen; denn auch in Krisenzeiten muss der demokratisch legitimierte Parlamentsgesetzgeber über einschneidende Grundrechtseingriffe entscheiden. Hier ist es vor allem meine Fraktion in diesem Hause, die künftig noch genauer als im März beim Infektionsschutzgesetz darauf achten wird, dass politische Entscheidungen transparent und durch die dafür legitimierten Parlamentarier getroffen werden. Das bedeutet: Parlamentsgesetz statt Rechtsverordnung der Staatsregierung. Und das bedeutet vor allem: Rechtsstaat statt menschenverachtende AfD-Thesen. – Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, der Kollege Martin Hagen.

**Martin Hagen (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wurde schon mehrfach erwähnt: Zu Beginn der Corona-Krise wurde von der AfD noch Wilhelm II. bemüht. Ich erinnere mich an Telefonschaltungen der Fraktionsvorsitzenden, als es um das Bayerische Infektionsschutzgesetz ging und die Oppositionsfraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP und auch die Fraktion der FREIEN WÄHLER darauf drangen, parlamentarische Kontrollmechanismen einzubauen – eine Befristung, eine ordentliche Beratung, und die AfD-Vorsitzenden sagten: Brauchen wir alles nicht; wir sind bereit, das sofort abzunicken.

(Beifall bei der FDP)

Ich erinnere mich – auch der ist genannt worden – an Ihren Kollegen Winhart, der die Stadt Rosenheim verklagen will, weil sie das Starkbierfest nicht früh genug abgesagt hat, nachdem er vorher noch als Panik betitelt hatte, dass es überhaupt abgesagt wurde. Ich erinnere mich an einen Post Ihrer Fraktion auf Facebook – der ist noch nicht so alt; der ist vom 26. April –, in dem Sie kostenlose Masken für alle Bürger in Bayern fordern, also kostenlose Maulkörbe, wenn ich das aus Ihrer heutigen Rede entsprechend folgern darf. Aber ich erinnere mich vor allem an die letzte Sitzung des Verfassungsausschusses. Die war letzte Woche. Das ist nun wirklich nicht lange her. Wir hatten eine Popularklage gegen die Einschränkung der Grundrechte in der Corona-Krise auf der Tagesordnung, und es ging um die Frage, ob sich der Landtag beteiligen soll. FDP, SPD und GRÜNE waren dafür, dass der Landtag sich beteiligt, weil wir die Problematik gesehen haben. Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion entgegnete, die parlamentarische Kontrolle habe von Beginn an bestanden, alle Parteien seien eingebunden gewesen; und es sei – das stammt aus dem Protokoll, das Sie auch genehmigt haben – "schlechter Stil, sich als große Oppositionspartei zu

gerieren. [...] weil sich die [...] Stimmung drehe". Ich kann Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer nicht häufig zustimmen, aber hier kann ich ihm wirklich zustimmen.

Ich weiß nicht, was Sie in der AfD-Fraktion nehmen, um diese 180-Grad-Verrenkungen jede Woche aus Neue auszuhalten. Es ist ja völlig legitim zu sagen, der Lockdown musste beendet werden. Ich kenne auch keine Fraktion, die dem widersprechen würde. Es gibt Fraktionen, die haben deutlich früher als Ihre Fraktion eine Exit-Strategie gefordert, meine zum Beispiel. Es gibt Fraktionen in diesem Haus, die sehr frühzeitig darüber gesprochen haben, dass wir die Grundrechtsbeschränkungen immer kritisch hinterfragen müssen und immer abwägen müssen, weil es kein Schwarz-Weiß gibt und das immer Freiheitseinschränkungen sind, die wir gegeneinander abwägen müssen. Wir haben eine Debatte geführt, und wir führen sie. Sie waren bei dieser Debatte nie an der vordersten Front, weil Sie sich dem auch verweigern und einfach von einem Extrem ins andere schwenken. Sie fordern jetzt letztlich, die Voraussetzungen für den Rückgewinn an Freiheit abzulehnen. Denn Dinge wie die Maskenpflicht beim Einkaufen oder die App, die die Nachverfolgung von Infektionsketten ermöglicht, brauchen wir, damit wir die Einschränkungen der Freiheit wieder zurückdrehen können.

(Beifall bei der FDP)

– Ihr dürft ruhig. – Wenn Sie das alles ablehnen, heißt das einfach, Sie wollen komplett weg von der Corona-Politik. Sie wollen alles weghaben. Das dürfen Sie in Ihrer Fraktion intern gerne so praktizieren. Busseln Sie sich ab! Tragen Sie keine Masken! Versammeln Sie sich in engen Räumen mit vielen Menschen! – Alles gut! Aber versprechen Sie mir eins: Gehen Sie danach – möglichst bis ein Impfstoff da ist – in Quarantäne! Sie würden im Parlament nicht fehlen.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Für die Staatsregierung hat nun die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege Melanie Huml das Wort.

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion fordert mit ihrem Dringlichkeitsantrag betreffend "Einschränkung der Grundrechte sofort zurücknehmen!" im Grunde genommen dazu auf, fast alle Regelungen der Vierten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung wieder aufzuheben. Wir haben mit dieser Verordnung ja schon etliches an Erleichterungen geschaffen. Wir wägen bei all unseren Entscheidungen immer Verhältnismäßigkeit und Maßvollheit ab. Deswegen gibt es an den Verordnungen da und dort immer wieder Veränderungen.

Zu Ihrer Begründung, die Maßnahmen seien ein unzulässiger Eingriff in Freiheits- und Bürgerrechte, ist von den Kollegen gerade schon etliches ausgeführt worden. Wenn man diese Aussage vor dem Hintergrund liest, dass die Pandemie nach wie vor andauert, dann ist das eben eine äußerst gewagte und in meinen Augen nicht nachvollziehbare Forderung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Um eines auch ganz deutlich zu sagen: Ja, bei den Beschränkungen handelt es sich auch um Beschränkungen der Grundrechte. Mir ist bewusst – ich glaube, wir alle hier im Raum erleben es tagtäglich –, dass diese Maßnahmen für den Einzelnen auch schwerwiegende Belastungen sind. Wir würden total gern einfach wieder nach draußen gehen, den Menschen die Hand geben und uns mit allen, mit denen wir das wollen, treffen. Ich glaube, dieser Wunsch ist doch bei uns allen da. Es muss aber eben auch Vernunft herrschen. Die Pandemie ist noch da. Das Coronavirus ist auch jetzt noch da. Wir müssen da eben vernünftig sein.

Die Grundrechte des Grundgesetzes stehen nicht isoliert nebeneinander. Sie müssen immer gegeneinander abgewogen und miteinander in Ausgleich gebracht werden. Ich habe es schon gesagt: Die entscheidende Frage ist eben nicht, ob die Grundrechte eingeschränkt werden, sondern ob die Einschränkungen auch verhältnismäßig sind. Das müssen wir immer hinterfragen. Das ist mit Blick auf die Corona-Maßnahmen der

Fall, nicht zuletzt, weil das Leben und die Gesundheit des Einzelnen mit das Wertvollste sind, was unsere Rechtsordnung kennt. Ich bitte darum, das auch zu berücksichtigen.

Es geht nicht nur darum, dass jeder tun können soll, was er will, sondern es geht auch um gegenseitige Rücksichtnahme und um die Gesundheit des Einzelnen. Die AfD scheint das bei dem, was sie fordert, völlig außen vor zu lassen. Ich glaube, das ist etwas, was uns alle zum Teil auch emotional so berührt. Das hat man bei den Vorrednern zum Teil auch mitbekommen. Da war das Beispiel einer Mutter; der Kollege Dr. Marcel Huber hat Bilder aus anderen europäischen Ländern und weltweit geschildert, die uns doch alle bewegt haben und noch bewegen. Einfach zu sagen, das gab es nicht, und das gibt es nicht – ich muss ehrlicherweise sagen, da fehlen mir die Worte.

Manchen wir uns doch auch mal klar, wo wir stehen. Nach heutigem Stand – besser gesagt nach gestrigem; es sind noch die Zahlen von gestern – gibt es in Bayern fast 45.000 bestätigte Corona-Fälle und mehr als 2.000 Verstorbene. Wir haben aber auch über 38.000 Genesene.

Das heißt, wir haben nach wie vor Menschen, die, weil sie mit Corona infiziert sind, im Krankenhaus um ihr Leben kämpfen. Da kann man doch nicht einfach sagen: Das gibt es nicht, das braucht es nicht! – Das ist etwas, was mich einfach erschreckt.

Hätten wir nicht gehandelt – ich bin allen Fraktionen sehr dankbar, dass wir als Freistaat Bayern so und in der Geschwindigkeit handeln konnten; diese Möglichkeiten haben Sie uns gegeben, ich weiß, dass die Fraktionen da auch beieinandergesessen und das beraten haben –, wären die Zahlen, wäre die Bilanz heute noch dramatischer. Auch ein leistungsfähiges Gesundheitssystem ist endlich.

Unsere oberste Prämisse – auch in der Koalition – war, alles bestmöglich aufzustellen, sodass jeder schwer erkrankte COVID-Patient, zum Beispiel mit einem Intensivbett mit Beatmungsmöglichkeit, bestmöglich versorgt ist. Das ist uns bisher gelungen.

Ich sage Ihnen aber, dass mir am Anfang manchmal schon angst geworden ist, als ich gesehen habe, wie die Zahlen jeden Tag gestiegen sind. Wir wussten um unsere Kapazitäten. Deswegen war es notwendig, diese scharfen und durchschlagenden Maßnahmen zu ergreifen. Es war aber auch notwendig – das ist die Frage der Verhältnismäßigkeit –, ab dem Augenblick, ab dem es möglich und verantwortbar war, wieder Erleichterungen zuzulassen. Deshalb ist es wichtig, aus dem momentan positiven Trend nicht die Folgerung zu ziehen, dass es gar kein Risiko gegeben hätte und dass gar keine Maßnahmen mehr notwendig wären. Es gibt eben noch keinen Grund zur Entwarnung. Im Moment gibt es keinen Impfstoff und kein Medikament. Wir müssen also weitermachen und schauen, was möglich ist. Wir haben weiterhin die Risikoeinschätzung "hoch", für Risikogruppen "sehr hoch".

Es ist aber auch klar, dass die jüngste Entwicklung durch die Maßnahmen und das Mitmachen der Bevölkerung möglich wurde. Auch da wirklich ein herzliches Dankeschön, dass die große Mehrheit der Bevölkerung mit all den Maßnahmen sehr, sehr vernünftig umgegangen ist und umgeht: Danke – auch vor diesem Haus – an die Bevölkerung, die das so toll mitgemacht hat!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb sind auch weiterhin Maßnahmen wie Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen, Beschränkungen des öffentlichen Lebens und auch einige Besuchsverbote notwendig.

Lassen Sie mich einmal auf das Besuchsverbot in Altenheimen genauer eingehen. Es war nicht so einfach, die Entscheidung zu treffen, dass in Altenheimen kein Besuch mehr zugelassen wird. Ich bin als Pflegeministerin – wie viele von uns, die Eltern oder Großeltern dort haben – durchaus öfter in Senioren- und Altenheimen unterwegs. Wir wissen auch, wie wichtig der menschliche Kontakt innerhalb der Familien und zwischen den Menschen ist.

Wir haben aber gemerkt, welche verheerenden Auswirkungen das Coronavirus in einem Altenheim – von Schwererkrankten bis hin zu Todesfällen – haben kann. Es war

notwendig, alle möglichen Eintrittswege durchzudenken und einzuschränken. Deswegen gab es das Besuchsverbot.

Wir haben uns angesichts der neuen Zahlen jetzt dazu entschlossen, uns eine gewisse Lockerung und Erleichterung zu erlauben. Das heißt auch, dass wir ausgewogene Lösungen suchen zwischen dem Ansteckungsrisiko einerseits und dem Willen andererseits, dass Menschen in den Familien, in den Senioren- und Altenheimen wieder miteinander in Kontakt kommen können sollen. Dabei muss aber immer die Maßgabe gelten, dass es nicht einfach wieder so ganz frei und locker wird. Wir müssen bei den Erleichterungen den Fokus immer auf Vor- und Umsicht legen. Das ist mir an dieser Stelle sehr wichtig.

Vielen herzlichen Dank dafür, dass die Fraktionen das mehrheitlich mittragen. Ich finde es nach wie vor unerklärlich, wie man sagen kann, das gibt es nicht, das gab es nicht, lasst uns doch einfach wieder wie vorher ganz fröhlich miteinander feiern. So ist es im Moment nicht. Wir müssen lernen, mit Corona zu leben, und wir müssen immer wieder weitere Schritte gehen. Wir gehen auch weitere Schritte. Ich denke an die Gastronomie und die Hotellerie. Hier wollen wir weitere Erleichterungen schaffen. Das ist notwendig und richtig, aber immer mit Umsicht und Vorsicht. Wir können nicht von jetzt auf gleich alles wieder erlauben. So geht es nicht.

Wir haben dabei sehr wohl das Grundrecht im Blick und sind uns bewusst, dass die Einschränkungen für die Menschen nicht einfach sind. Vielen Herzlichen Dank an alle, die weiterhin im Boot sind und sich kümmern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/7818 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜND-



NISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen: 1. – Das ist Herr Abgeordneter Plenk. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.